

FÜR MEHR SICHERHEIT UND RESPEKT IN BUS UND BAHN

**Eine Initiative des EVG-Landesverbandes
Rheinland-Pfalz**





MAINZER ERKLÄRUNG 2.0

Erneuerung der Mainzer Erklärung des
EVG-Landesverbandesvorstandes Rheinland-Pfalz

Mainz, Februar 2026

EINLEITUNG – ANLASS UND VERANTWORTUNG

Acht Jahre nach der ersten Mainzer Erklärung und nach unzähligen Warnungen, Appellen und Gesprächen ist es zu einem Ereignis gekommen, das für unsere Kolleginnen und Kollegen eine Zäsur darstellt: Der tödliche Angriff auf unseren Kollegen Serkan Ç. im Regionalverkehr.

Dieser Tod ist kein tragischer Einzelfall. Er ist die Folge einer jahrelangen Entwicklung, in der steigende Gewalt im öffentlichen Raum bekannt war, aber nicht mit der notwendigen Konsequenz beantwortet wurde. Sicherheit für Beschäftigte im ÖPNV und SPNV wurde zu oft unter Kostenvorbehalt gestellt, in Ausschreibungen relativiert oder auf individuelle Verantwortung abgewälzt.

Wir als Landesverband der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Rheinland-Pfalz sagen klar: **Das nehmen wir nicht hin.**

Die Mainzer Erklärung aus dem Jahr 2018 war richtig – doch sie war nicht ausreichend wirksam. Acht Jahre später, nach weiter steigenden Übergriffen, nach wachsender Brutalität und nun nach einem Todesfall, ist eine Fortschreibung zwingend notwendig.

Diese Erklärung ist Mahnung, Forderung und Angebot zugleich: Mahnung an Politik und Aufgabenträger, Forderung nach verbindlichen Maßnahmen und Angebot zum Dialog – aber nicht mehr zum Stillstand.

Der Landesverbandsvorstand Rheinland-Pfalz hat die Fortschreibung dieser Erklärung beschlossen.

AUSGANGSLAGE

Die Zahl verbaler und körperlicher Übergriffe auf Beschäftigte im Bahn- und Busverkehr ist seit Jahren auf hohem Niveau. Viele Kolleginnen und Kollegen berichten von regelmäßigen Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffen. Zwei Drittel fühlen sich bei der Arbeit nicht mehr sicher, eine große Mehrheit hat bereits Übergriffe erlebt.

Diese Entwicklung wirkt sich nicht nur auf die Beschäftigten aus, sondern auch auf Fahrgäste, Angebotsqualität und Akzeptanz des Systems Bahn. Gleichzeitig steigen die Fahrgastzahlen – etwa durch das Deutschlandticket – ohne dass Personal, Sicherheit oder Kapazitäten ausreichend mitgewachsen sind.

Der 7-Punkte-Plan für mehr Sicherheit und Respekt

Wir halten an der Struktur des bewährten 7-Punkte-Plans fest – erweitern ihn jedoch inhaltlich und konkretisieren ihn deutlich.

- » **Kein Wettbewerb auf Kosten der Sicherheit**
- » **Zugbegleitquote und Sicherheit, doppelte Besetzung der Züge mit Zugbegleiter:innen**
- » **Stärkere Polizeipräsenz und Sicherheitspartnerschaften**
- » **Strafrechtlicher Schutz und konsequente Verfolgung**
- » **Zentrale Datenbank und Lagebild**
- » **Ausbildung, Qualifikation und technische Sicherheit**
- » **Stärkung von Respekt, Zivilcourage und gesellschaftliche Verantwortung**

1. KEIN WETTBEWERB AUF KOSTEN DER SICHERHEIT

Vergabeverfahren dürfen nicht länger Sicherheitsrisiken produzieren. Sicherheit muss zwingender Bestandteil jeder Ausschreibung sein.

Wir fordern:

- » **Einheitliche, verbindliche Sicherheitsstandards in SPNV- und ÖPNV-Ausschreibungen**
- » **Verankerung von Sicherheits-, Ausbildungs- und Personalstandards in Vergabeverfahren**
- » **Tariftreue, Personalübernahme und Schutz bestehender Arbeitsbedingungen**
- » **Klare Anforderungen an technische Sicherheit (Video, Bodycams, Notrufsysteme)**

Sicherheit darf kein Kostenfaktor sein, der im Wettbewerb unterliegt. In der Praxis erleben wir seit Jahren, dass Ausschreibungen im SPNV und ÖPNV

vor allem über den Preis entschieden werden – mit direkten Folgen für Personalstärke, Ausbildung und Sicherheitsausstattung.

Bei Vergabeverfahren für Verkehrsleistungen fordern wir daher von Zweckverbänden und Aufgabenträgern verbindliche, qualifizierte Sicherheitskonzepte als zwingende Voraussetzung für den Zuschlag. Sicherheit muss gleichrangig neben Qualität und Wirtschaftlichkeit bewertet werden.

Einheitliche Standards für Sicherheitsdienstleistungen, Videotechnik, Bodycams und Notrufsysteme sind unerlässlich. Ebenso braucht es verbindliche Mindeststandards bei Ausbildung, Qualifikation und Personaleinsatz von Zugbegleitpersonal. Nur so kann verhindert werden, dass Unternehmen, die in Sicherheit investieren, gegenüber Billiganbietern ins Hintertreffen geraten.

2. ZUGBEGLEITQUOTE UND SICHERHEIT – VERBINDLICHE DOPPELBESETZUNG DER ZÜGE

In Rheinland-Pfalz sind tagsüber derzeit lediglich **rund 10 bis 50 Prozent der Züge einfach besetzt**. Eine **durchgehende Doppelbesetzung findet faktisch nicht statt**. Diese Zugbegleitquoten reichen nicht aus, um die Sicherheit der Fahrgäste, die Sicherheit der Beschäftigten sowie einen verlässlichen Service zu gewährleisten.

Sicherheit und Service sind untrennbar miteinander verbunden: Wo Personal fehlt, sinkt nicht nur die Servicequalität, sondern auch die Fähigkeit, in Konflikt- oder Gefahrensituationen angemessen zu reagieren.

Gerade bei Übergriffen, medizinischen Notfällen oder eskalierenden Konflikten zeigt sich, dass **Alleinarbeit im Zug ein erhebliches Sicherheitsrisiko** darstellt. Beschäftigte sind in solchen Situationen häufig auf sich allein gestellt, Hilfe trifft verspätet ein und Fahrgäste verlieren das Vertrauen in den öffentlichen Verkehr.

Wir fordern:

- » **Durchgängige Besetzung aller Züge bzw. Zugteile rund um die Uhr mit mindestens zwei Zugbegleitpersonen.**
- » **Eigenständige Besetzung jedes Zugteils** bei getrennten Fahrzeugverbänden (z. B. vier Zugbegleiter bei zwei Zugteilen).
- » **Klare Absage an Alleinarbeit im Zugbetrieb** – niemand darf mehr allein Dienst im Zug leisten.
- » **Gemeinsame Durchführung von Service- und Kontrolltätigkeiten im Team**, um gegenseitigen Schutz, bessere Übersicht und schnelle Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten.

Auf Verbindungen mit **erhöhter Bedrohungslage** – insbesondere in den Abendstunden, an Wochenenden, bei Großveranstaltungen oder auf bekannten Konfliktstrecken – ist **zusätzlich qualifiziertes Sicherheitspersonal einzusetzen**. Dieses muss grundsätzlich **in Doppelstreife** arbeiten. Der Einsatz von Sicherheitspersonal ist **verbindlich und mit klar definierten Mindestumfängen in SPNV-Verträgen festzuschreiben**.

Entlastung, Prävention und technische Unterstützung

Zur gezielten Entlastung des Zugbegleitpersonals und zur Erhöhung der Sicherheit fordern wir zudem:

- » **den gebündelten Einsatz von Prüfteams zur Fahrscheinkontrolle an stark frequentierten Stationen**, damit sich Zugbegleiter im Zug auf Präsenz, Service und Sicherheit konzentrieren können.

Darüber hinaus muss in allen künftigen SPNV-Ausschreibungen verbindlich geregelt werden, **dass Beschäftigten im direkten Kundenkontakt der Einsatz von Bodycams ermöglicht wird**. Erfahrungen aus Pilotprojekten zeigen, dass Bodycams **nachweislich deeskalierend wirken** und Übergriffe verhindern können.

Die Kosten für Bodycams sowie für weitere technische Hilfsmittel (z. B. Notruf- oder Alarmierungs-Apps) sind **verpflichtend in die Angebote einzupreisen und durch die Aufgabenträger zu finanzieren**, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Fazit

Die Sicherheit der Fahrgäste ist untrennbar mit der Sicherheit der Beschäftigten verbunden. **Ohne ausreichendes, sichtbar präsent und handlungsfähiges Personal ist ein sicherer und verlässlicher Nahverkehr nicht möglich.**

Eine verbindliche Doppelbesetzung der Züge ist deshalb kein Luxus, sondern eine **zentrale Voraussetzung für Sicherheit, Prävention und Vertrauen im SPNV**.



3. STÄRKERE POLIZEIPRÄSENZ AN BAHNHÖFEN UND IN ZÜGEN SOWIE SICHERHEITSPARTNERSCHAFTEN

Sicherheit ist staatliche Aufgabe.

Wir fordern:

- » Mehr Personal bei Bundes- und Landespolizei
- » Regelmäßige gemeinsame Streifen auch in Zügen (z. B. Polizei, Sicherheit, Ordnungsdienste)
- » Verbindliche Sicherheitspartnerschaften an Bahnhöfen und auf Strecken

Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine staatliche Aufgabe. Dennoch erleben Beschäftigte täglich, dass Polizeipräsenz an Bahnhöfen und in Zügen unzureichend ist.

Viele Dienststellen der Bundespolizei in Rheinland-Pfalz sind unterbesetzt oder zeitweise nicht besetzt. Vorfälle geschehen jedoch nicht nur an großen Knotenpunkten, sondern auch auf der Strecke. Bis zum Eintreffen der Polizei vergeht häufig wertvolle Zeit – Zeit, in der Beschäftigte allein gelassen werden.

Wir fordern daher eine deutliche personelle Stärkung der Bundespolizei sowie eine bessere Verzahnung mit Landespolizei, Ordnungsdiensten und Sicherheitsdiensten. Gemeinsame Streifen und feste Sicherheitspartnerschaften müssen zum Standard werden.

4. ERWEITERTER STRAFRECHTLICHER SCHUTZ FÜR BESCHÄFTIGTE IM ÖPNV/SPNV UND KONSEQUENTE VERFOLGUNG

Beschäftigte im ÖPNV/SPNV sind in besonderer Weise gefährdet.

Wir fordern:

- » Ausweitung des § 114/115 StGB auf Beschäftigte im ÖPNV/SPNV
- » Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften oder Sonderdezernaten
- » Beschleunigte Strafverfolgung und klare Sanktionen

Die Verschärfung des § 114/115 StGB zum Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften war eine notwendige Reaktion auf zunehmende Gewalt.

Die dahinterliegende Begründung – gezielte Aggression gegen Beschäftigte im öffentlichen Raum – trifft jedoch in gleichem Maße auf Beschäftigte im Bahn- und Busverkehr zu.

Zugbegleiterinnen, Busfahrer, Kundenbetreuer und Sicherheitspersonal sind täglich mit Konflikten konfrontiert und werden gezielt angegriffen. Sie sind in ihrer Funktion klar erkennbar und übernehmen Verantwortung für die Allgemeinheit.

Wir fordern daher die Ausweitung des § 114/115 StGB auf Beschäftigte im ÖPNV und SPNV sowie eine konsequente, beschleunigte Strafverfolgung. Ergänzend sprechen wir uns für Schwerpunktstaatsanwaltschaften aus, um Übergriffe sichtbar zu ahnden und Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen.

5. ZENTRALE SICHERHEITSDATENBANK UND TRANSPARENTES LAGEBILD

Ohne Daten kein Handeln.

Wir fordern:

- » Eine landesweite, zentrale Datenbank zur Erfassung aller Übergriffe
- » Verpflichtende Meldung durch alle Verkehrsunternehmen
- » Eingabemöglichkeiten mit QR-Code für Betroffenen
- » Regelmäßige Auswertung und Ableitung von Maßnahmen,
- » Transparente Veröffentlichung des Lagebilds z. B. für Arbeitnehmervertretungen, Gewerkschaften und Medienvertreter
- » Rückzugsräume in Zügen und separate Fahrtür für Buspersonal zur sicheren Flucht im Konfliktfall

Ohne verlässliche Daten gibt es keine wirksame Sicherheitspolitik. Bis heute existiert kein vollständiges, landesweites Lagebild zu Übergriffen im ÖPNV und SPNV.

Wir fordern die Einrichtung einer zentralen Sicherheitsdatenbank auf Landesebene, in der alle Übergriffe auf Beschäftigte und sicherheitsrelevanten Vorfälle verpflichtend erfasst werden. Alle Verkehrsunternehmen müssen zur zeitnahen Meldung verpflichtet werden.

Nur durch systematische Auswertung lassen sich regionale Schwerpunkte erkennen, Maßnahmen gezielt steuern und Ressourcen sinnvoll einsetzen.

6. MEHR AUSBILDUNG, QUALIFIKATION UND TECHNISCHE SICHERHEIT

Sicherheit beginnt bei guter Ausbildung und endet nicht bei Technik.

Wir fordern:

- » Regelmäßige Deeskalations- und Selbstschutzeinweisungen
- » Einheitliche Qualifikationsstandards
- » Technische Ausstattung: Bodycams, funktionierende Notrufsysteme, Priorrufe, sichere Arbeitsplätze
- » Prüfung weiterer Schutzmittel im Rahmen des Arbeitsschutzes z.B. wie stichsichere Bekleidung, Abwehrspray

Gute Ausbildung ist ein zentraler Bestandteil von Prävention. Beschäftigte müssen in die Lage versetzt werden, Gefahrensituationen frühzeitig zu erkennen, richtig einzuschätzen und angemessen zu reagieren.

Wir fordern regelmäßige, verpflichtende Schulungen für alle Beschäftigten mit Kundenkontakt – insbesondere zu Deeskalation, Selbstschutz und rechtlichen Grundlagen. Diese Schulungen müssen an die zunehmende Brutalität der Vorfälle angepasst und deutlich intensiviert werden.

Darüber hinaus braucht es eine verlässliche technische Ausstattung: Bodycams, funktionierende Notruf- und Alarmierungssysteme sowie sichere Arbeitsplätze. Pilotprojekte zeigen, dass Bodycams deeskalierend wirken und Beschäftigte schützen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen muss durch die Aufgabenträger sichergestellt werden.

7. STÄRKUNG VON RESPEKT, ZIVILCOURAGE UND GESELLSCHAFT- LICHE VERANTWORTUNG

Gewalt im öffentlichen Raum ist ein gesellschaftliches Problem.

Wir fordern:

- » Öffentliche Kampagnen für Respekt und Zivilcourage
- » Klare Unterstützung und Rückendeckung für die Beschäftigten durch Politik und Unternehmen
- » Stärkung einer Kultur des Hinsehens statt Wegschauens

Gewalt im öffentlichen Verkehr ist kein Randproblem, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas. Viele Beschäftigte berichten, dass sie in Bedrohungssituationen keine Unterstützung erfahren und Umstehende wegsehen.

Wir setzen uns für eine Kultur des Respekts und des Hinsehens ein. Politik, Unternehmen und Gesellschaft tragen gemeinsam Verantwortung, Beschäftigte sichtbar zu unterstützen und Gewalt nicht zu tolerieren.

Öffentliche Kampagnen, klare politische Positionierungen und die Stärkung von Zivilcourage sind unverzichtbar, um langfristig ein sicheres und respektvolles Miteinander im öffentlichen Verkehr zu gewährleisten.

SCHLUSS

Guter ÖPNV und SPNV funktionieren nur mit sicheren Arbeitsbedingungen. Wer mehr Verkehr auf die Schiene bringen will, muss diejenigen schützen, die diesen Verkehr täglich ermöglichen.

Wir erwarten von Landesregierung, Aufgabenträgern und Unternehmen konkrete Maßnahmen, verbindliche Finanzierungen und echten politischen Willen.

Der Tod unseres Kollegen Serkan Ç. verpflichtet uns – und alle Verantwortlichen – zum Handeln.

Wir leben Gemeinschaft.

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Landesverband Rheinland-Pfalz
Kaiserstraße 26-30
55116 Mainz